



Ausschuss für Heimat und Kommunales

33. Sitzung (öffentlich)

6. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:11 Uhr

Vorsitz: Guido Déus (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Kommunen und Geflüchtete nicht weiter im Stich lassen – Land muss eigene Hausaufgaben machen | 6 |
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4364
- Ausschussprotokoll 18/413 (Anhörung am 10.11.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

- 2 Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie bei der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte und des kommunalen Mitspracherechts bei der Zuweisung des Landes an die Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz** 11
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6379
- Stellungnahme 18/1098
- keine Wortbeiträge
- Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch der AfD-Fraktion abgesetzt.
- 3 Was dem Élysée-Palast recht ist, ist dem Ruhrgebiet billig: für eine soziale Wärmewende in Ballungsgebieten mit Abwasser heizen!** 12
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6852
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses zu beteiligen.
- 4 Haushaltstechnische Abwicklung der Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung von Infrastrukturschäden infolge des Sturmtiefs Emmelinde (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** 13
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1976
- Wortbeiträge
- 5 Mehr und schnellere Zuweisungen von geflüchteten Menschen an die Kommunen – „Weihnachtsfrieden“ als vergiftetes Geschenk? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** 16
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

6 Verschiedenes 24**a) Fassung eines Reisebeschlusses 24**

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, zu einer Informationsreise vom 04.–08.03.2024 in die Schweiz (Großraum Zürich und Bern, ggf. Chur) zu reisen.

b) Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung 24

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, am 12. Januar 2024, 13:30 Uhr–16:00 Uhr, eine Anhörung zum 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW in Verbindung mit dem Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Neues Kommunales Finanzmanagement“ Drucksache 18/7189 durchzuführen.

* * *

6 Verschiedenes

a) Fassung eines Reisebeschlusses

Vorsitzender Guido Déus legt dar, für Fachausschüsse bestehe die Möglichkeit, bei Besuchen oder Reisen im In- und Ausland Input für die Themen, die im jeweiligen Ausschuss abgedeckt würden, zu erhalten. Dafür stünden jedem Gremium bestimmte finanzielle Mittel zur Verfügung, die durch das Präsidium zu Beginn einer Legislaturperiode festgelegt würden. Wenn ein Ausschuss die Reisemöglichkeit nutzen möchte, verständige er sich auf Reisezeitraum, Reiseziel, Delegationsstärke, An- und Abreisemodalitäten im Rahmen eines Beschlusses. Sofern hierfür ein Konsens von 2/3 der Mitglieder des Ausschusses erzielt werden könne, könne das Präsidium des Landtags um Genehmigung zur Reise gebeten werden.

Nun müsse der Ausschuss eruieren, ob über die Modalitäten auch eine Zweidrittelmehrheit zustande komme. Als Reisezeitraum werde der 4. – 8. März 2024 vorgeschlagen. Man habe sich auf das Ziel Schweiz verständigt. Bei den Vorschlägen, die bisher gemacht worden seien, würde das zum Großraum Zürich und Bern und gegebenenfalls noch Chur führen. Es bestehe Übereinkunft, dass es allen Ausschussmitgliedern ermöglicht werden solle mitzureisen, also der gesamte Ausschuss. Es solle versucht werden, die Anreise- und Abreisezeiten kurz zu halten. Deswegen werde eine Flugreise nicht ausgeschlossen. Man werde aber versuchen, auf andere Wünsche einzugehen, wenn es das für den einen oder anderen leichter mache. Er frage, ob er das zur Abstimmung stellen könne. – Er würde sich freuen, wenn möglichst viele Mitglieder des Ausschusses teilnehmen könnten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen,
zu einer Informationsreise vom 04.–08.03.2024 in die Schweiz
(Großraum Zürich und Bern, ggf. Chur) zu reisen.

b) Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung

Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 3. NKFVG NRW) in Verbindung mit Kommunale Investitionen erleichtern, öffentliches Vermögen nachhaltig sicher und aufbauen – „Neues Kommunales Finanzmanagement weiterentwickeln“ – Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/7189

Vorsitzender Guido Déus merkt an, mit Mail vom gestrigen Tage habe er den Fraktionen einen Vorschlag zur Fassung eines Vorratsbeschlusses unterbreitet, um eine zusätzliche Sitzung nach Überweisung des Gesetzentwurfes zur federführenden Beratung an den Ausschuss zu vermeiden.

Am Plenardonnerstag würden der o.a. Gesetzentwurf und der Antrag zur Federführung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen. Er habe dazu gegenüber den Fraktionen folgendes Beratungsverfahren angeregt: Es werde zwar nachher eine rückwirkende Inkraftsetzung zum 1. Januar sein. Er glaube, man teile das gemeinsame Verständnis mit den Kommunen, so schnell wie möglich darüber ins Gespräch zu kommen und so wenig Zeit wie irgendwie möglich zu verlieren.

Am 12. Januar werde um 10:00 Uhr schon eine Anhörung des Ausschusses stattfinden. Man könne um 13:30 Uhr–16:00 Uhr anschließen. Der Ausschuss könne die Auswertung der Anhörung am 23. Februar 2024 vornehmen und einen Beschluss fassen.

Er schlage vor, die kommunalen Spitzenverbände vor die Klammer zu ziehen und dann maximal zwei Sachverständige je Fraktion zu benennen.

Justus Moor (SPD) ist mit dem Verfahren einverstanden. Es müsse ja schnell gehen.

Er habe eine Rückfrage Richtung Ministerium. Bei der Verbändeanhörung werde normalerweise auch das Institut der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer mit angefragt. Diesmal sei das nicht der Fall gewesen, so laute zumindest seine Information. Er frage, ob es dafür einen besonderen Grund gebe, weil es ja auch in dem Referentenentwurf Veränderungen gebe, was die Rechnungslegung der städtischen Töchter anbelange, was dann auch den Bereich betreffe. Deswegen wäre seine Bitte an dieser Stelle, ob man nicht für die Anhörung das Institut der Wirtschaftsprüfer und den Fachverband der Kämmerinnen und Kämmerer vor die Klammer ziehe, zusätzlich zu den kommunalen Spitzenverbänden, um hier einfach ein gutes Gesamtbild zu bekommen. Das wäre sein Vorschlag an den Ausschuss. Das sei weder parteipolitisch noch irgendwie anders gefärbt, sondern einfach nur mit Blick auf die Fachexpertise.

Vorsitzender Guido Déus bittet, die Sachverständigen bis zum 15. Dezember zu benennen.

Dr. Robin Korte (GRÜNE) gibt an, über den Vorschlag, wer vor die Klammer gezogen werden solle, könne man Einvernehmen herstellen. Er bitte, den Gesetzentwurf der Landesregierung zusammen mit dem Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum NKF in die Anhörung zu geben.

Vorsitzender Guido Déus antwortet, das sei auch so vorgesehen.

Dirk Wedel (FDP) hat keine Bedenken, was den Vorschlag angehe. Er habe eine Rückfrage ans Ministerium. Es sei ja nicht nur so, dass die kommunalen Spitzenverbände bisher den Entwurf der kommunalen Haushaltsverordnung vermissen würden, sondern es sei auch so, dass das für die erste Lesung schon ein Problem darstelle. Er frage, ob der Entwurf vorher noch veröffentlicht werde.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen,
am 12. Januar 2024, 13:30 Uhr–16:00 Uhr, eine Anhörung zum

3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW in Verbindung mit dem Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Neues Kommunales Finanzmanagement“ Drucksache 18/7189 durchzuführen.

StS Daniel Sieveke (MHKBD) kommt zunächst auf die Frage von Herrn Wedel zurück. Es sei guter Brauch, dass die Unterlagen, nachdem das Kabinett am gestrigen Tage getagt habe, dann auch zur Verfügung gestellt würden. Die Kommunalhaushaltsverordnung werde in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Was die Beteiligung der Wirtschaftsprüfer angehe, so hätten sie eine Stellungnahme abgegeben.

Justus Moor (SPD) erwidert, normalerweise würden die Wirtschaftsprüfer an der Verbändeanhörung beteiligt. Sie hätten jetzt ungefragt eine Stellungnahme abgegeben.

Darauf könne er keine Antwort geben, entgegnet **StS Daniel Sieveke (MHKBD)**. Die Stellungnahme sei übermittelt worden. Ihm sei zugetragen worden, dass sich da niemand beschwert habe. Die Stellungnahme werde auch zur Verfügung gestellt.

Dirk Wedel (FDP) hält fest, die Unterlagen seien vom Kabinett verabschiedet worden. Mittlerweile hätten die Fraktionen einen Hinweis bekommen, dass das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW tatsächlich durch sei. Er frage, ob das auch auf den Entwurf der geänderten kommunalen Haushaltsverordnung zutrefte oder ob das ein separates Thema sei.

StS Daniel Sieveke (MHKBD) antwortet, der Gesetzentwurf werde den Abgeordneten zur Verfügung gestellt, so wie es üblich sei. Er kenne kein anderes Verfahren, sonst müssen man da weiterhelfen, ob es in der Vergangenheit ein anderes Verfahren gegeben habe. Das Verfahren werde so vollzogen, wie man es typischerweise mache.

Vorsitzender Guido Déus hält es angesichts des beschleunigten Verfahrens für wichtig, dass jede Frage gestellt werden könne. Trotzdem könne es nur die Antworten geben, die möglich seien. Der Ausschuss habe sich auf das Beratungsverfahren verständigt.

Auch wenn es noch weitere Gremiensitzungen in diesem Jahr geben werde, handele es sich heute erwartungsgemäß um die letzte Sitzung dieses Ausschusses in diesem Jahr. Bei der Gelegenheit bedanke er sich herzlich für die Zusammenarbeit mit dem Ministerium, selbstverständlich aber auch hier in diesem Kreise. Er habe die Diskussion als sehr angenehm empfunden. Das habe vielleicht ein bisschen was mit dem Weihnachtsfrieden zu tun, dafür ein herzliches Dankeschön.

Er wünsche dem Ausschuss eine besinnliche Adventszeit und friedvolle Weihnachtstage. Am 12. Januar 2024 würden zwei Anhörungen, die nächste Arbeitssitzung am 19. Januar 2024 stattfinden.

gez. Guido Déus
Vorsitzender

2 Anlagen

17.01.2024/19.01.2024